

Vierter Rechtsschutztag im BMI

„Rechtsschutz und Integration“ und „Sicherheit, Demokratie und Zivilgesellschaft“ waren die Themen des vierten Rechtsschutztages am 7. November 2006 im Bundesministerium für Inneres.

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Ludwig Adamovich, ehemaliger Präsident des Verfassungsgerichtshofs (VfGH), überbrachte eine Grußbotschaft des Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer. Der Bundespräsident stellte darin offene Fragen auf dem Gebiet des Rechtsschutzes dar. Es sei „wesentlich, dass die immer wieder auftauchende Trennungslinie zwischen der juristischen Fachwelt und der rechtsuchenden Bevölkerung in optimaler Weise eingegeben wird“.

Dr. Brigitte Bierlein, Vizepräsidentin des VfGH, bezeichnete die Einrichtung des Rechtsschutzbeauftragten in der österreichischen Rechtsordnung als „wertvolle Institution auf dem Gebiet der Menschenrechte“. Die in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerten Freiheitsgarantien des Einzelnen seien wesentlich präziser formuliert als die Sicherheitsgarantien. So setze die Einrichtung von Rechtsschutzbeauftragten und vor allem deren verfassungsrechtliche Verankerung im Sicherheitspolizeigesetz (SPG) und Militärbefugnisgesetz (MBG) „völlig neue Akzente“.

Prof. Adamovich referierte über sensible Themen aus der aktuellen öffentlichen Diskussion, so etwa das Rauchverbot, religiöse Symbole und ihre rechtliche Würdigung, Homosexualität und Terrorismus.

Der Themenbereich des Vormittagsmoduls „Rechtsschutz und Integration“ wurde vom Doyen der Rechtsschutzbeauftragten, Hon.-Prof. Dr. Rudolf Machacek, moderiert.

Univ.-Prof. Dr. Dr. hc. Christian Tomuschat, Humboldt Universität Berlin, sprach zum Thema „Integration und Erweiterung – Verfassung der EU“. Das gegenwärtige Stillschweigen über das Projekt eines Vertrags über eine Verfassung für Europa (VVE) dürfe nicht als vorzeitiges Hinscheiden fehl-



Der Rechtsschutztag wird seit 2003 jährlich abgehalten.

gedeutet werden, sagte der Professor. So formuliere der VVE für die Integration klare politische Ziele und solle Verbesserungen im institutionellen Bereich bringen. Mit dem Begriff Verfas-

BMI

Rechtsschutztag

Der Rechtsschutztag im Innenministerium geht auf eine Anregung von Hon.-Prof. Dr. Rudolf Machacek, stv. Rechtsschutzbeauftragter der Justiz, und Sektionschef Dr. Mathias Vogl zurück. Bei der Enquete im Bundesministerium für Inneres am 15. Oktober 2003 zum Thema „Der Rechtsschutzbeauftragte im österreichischen Recht – Standort, Perspektiven, Grundsatzfragen der Sicherheit“ wurde beschlossen, von nun an jährlich einen Tag des Rechtsschutzes im Innenministerium abzuhalten. Die Ergebnisse der ersten drei Rechtsschutztage (15. Oktober 2003, 4. November 2004 und 14. November 2005) sind in der Schriftenreihe BMI des *Neuen Wissenschaftlichen Verlages* erschienen. Der Tagungsband zum 4. Rechtsschutztag wird Anfang 2007 publiziert.

www.nwv.at

sung erhoffte man sich mit dem Inkrafttreten des neuen Rechtsinstruments eine gewisse Konsolidierung des Integrationsprozesses. Nun sei in einem vorsichtigen Konsultationsprozess zu ergründen, ob trotz der negativen Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden überhaupt ein Konsens denkbar sei. „Der bisher erreichte Stand der Integration ist ein kostbares Gut. Er sollte nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden“, betonte Tomuschat.

„Islam – Multikulturalität und Menschenrechte“ war der Titel des Referats von

Univ.-Prof. Dr. Mathias Rohe, Universität Erlangen-Nürnberg. Er ging insbesondere der Frage nach, wie viel Raum die Religionsfreiheit in der Abwägung mit anderen Verfassungsgütern einnehmen könne und wo Grenzziehungen notwendig seien. Rohe analysierte, inwieweit sich auch im Islam ein Konzept von Menschenrechten und demokratisch-rechtsstaatlichen Grundlagen entwickeln lasse, das es den Muslimen ermögliche, sich zugleich zu ihrem Glauben zu bekennen und loyale Staatsbürger zu sein. Muslime sollten in Europa von den europäischen Gesellschaften „das Gefühl vermittelt bekommen, dass sie willkommen sind“, sagte Rohe. Ergänzt wurden Rohes Überlegungen durch ein Co-Referat von Mag. Alexander Schahbasi von der Sicherheitsakademie, der unter anderem über Islamismus sprach. Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Dr. Erik Buxbaum betrachtete das Verhältnis von Polizei und Sicherheitsbehörden zu Islamismus, Terrorismus und Integration und regte an, die Institution des Rechtsschutzbeauftragten auf Ebene der EU zu übernehmen und auszubauen.

Dr. Erwin Felzmann, Vorsitzender des Menschenrechtsbeirates, moderierte das Nachmittagsmodul zum Thema „Sicherheit, Demokratie und Zivilge-

RECHTSSCHUTZTAG

sellschaft“. Univ.-Prof. Dr. Gerhart Holzinger, Mitglied des VfGH und Präsident der Österreichischen Juristenkommission, beleuchtete in seinem Vortrag Fragen des vorbeugenden Schutzes der Grundrechte in Österreich: „Der präventive Grundrechtsschutz hat Konjunktur.“

Neben der Einrichtung der Rechtsschutzbeauftragten seien auch der Menschenrechtsbeirat und die Volkanwaltschaft als wesentliche Institutionen zu sehen, die zu den klassischen Grundrechtsschutzeinrichtungen wie VfGH, VwGH, UVS und UBAS hinzukommen.

Diese präventiven Einrichtungen seien „im internationalen Vergleich durchaus bemerkenswert“, so der Experte. Neue Dynamik in die Entwicklung des präventiven Grundrechtsschutzes und der bisherigen Institutionen in Österreich werde das Fakultativprotokoll zum UN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OPCAT) bringen, das im Juni 2006 in Kraft getreten ist.

Partnerschaft im Rechtsstaat. Dr. Armin Bammer konzentrierte sich in seinem Referat „Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft – Partner im Rechtsstaat“ auf den Beruf des Rechtsanwalts als wichtiger Garant des Rechtsschutzes in einem Rechtsstaat. „Ohne Rechtsstaat ist eine unabhängige und freie Advokatur undenkbar – aber ohne diese Advokatur ist auch der Rechtsstaat unmöglich“, erklärte Bammer. Wesentliche Beiträge für den Rechtsschutz in der Zivilgesellschaft leisten auch Non-Governmental-Organisations wie die *Österreichische Juristenkommission*, in der Bammer als Generalsekretär tätig ist.

Abgerundet wurden die Präsentationen von den Co-Referenten Dr. Udo Jesionek und Mag. Herwig Lenz, die den Opferschutz in den Vordergrund stellten. Es sei Aufgabe des Staats, seine Bürger vor Kriminalität zu schützen, betonte Jesionek, Präsident des *Weißer Rings*. Die Ergebnisse des vierten Rechtsschutztags werden in der Schriftenreihe BMI im *Neuen Wissenschaftlichen Verlag* publiziert werden. Als Termin für den fünften Rechtsschutztag des BMI wurde der 7. November 2007 ins Auge gefasst.

Bianca Pörner

Steuerberater
Dr. **WILHELM FREI**
Bahnzeile 9, 2130 Mistelbach
Tel. 0 25 72/23 27, Fax 0 25 72/43 85
www.frei-steuern.at

P. MAX
MASSMÖBEL
Für's Leben

**Ihre Möbel in bester Tischlerqualität
Wir produzieren und montieren Ihre Wunschmöbel
Wir machen auch DACHHAUSBAUTEN**

In den Filialen

2345 Brunn am Gebirge
Hubatschstraße 3/Top 11 (vis à vis SCS) Telefon: 0 22 36/325 62

1120 Wien
Grünbergstraße 7 (vis à vis Schloß Schönbrunn) Telefon: 01/ 813 86 63

www.petermax.at

Prim.Univ.Doiz.Dr. Michael MEDL

Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe

*Vorstand der gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung
im Hanusch Krankenhaus*

■ **Ordination:** Heinrich-Collinstr. 8-14/11/1, 1140 Wien
Telefon: 911 34 40, Fax: 911 34 40 9

■ **Zweitordination:** Speisingerstr. 57-61/6, 1130 Wien
Telefon: 804 70 48, Fax: 804 71 64